

Straßenverkehrsamtsleiter Pütz beantwortete zunächst die Anfrage von Herrn SkB Hartmann zur **L 269** aus der Sitzung am 27.08.2015. Die Aufhebung der während der Sanierung eingerichteten Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h zwischen Niederkassel und Bonn habe sich durch Splittreste auf der Fahrbahn verzögert. Bezüglich der fehlenden Markierung zwischen Siegfähre und Autobahnauffahrt habe der Landesbetrieb Straßen.NRW mitgeteilt, dass nach der Inbetriebnahme der neu aufgetragenen Fahrbahndecke zunächst eine bestimmte Aushärtungszeit abgewartet werden müsse, bevor die endgültige Markierung aufgebracht werden könne. Hinzu komme, dass die Firmen für ab Oktober vorgenommene Fahrbahnmarkierungen in der Regel keine Gewährleistung übernehmen. Aufgrund der milden Wetterlage sei dann aber ausgehandelt worden, dass hiervon abweichend eine Durchführung der Arbeiten einschließlich Gewährleistungsübernahme zugesichert wurde. Inzwischen sei die Geschwindigkeitsbegrenzung aufgehoben und alle Markierungsarbeiten durchgeführt worden. Anschließend erläuterte Herr Pütz **Maßnahmen an Bundesautobahnen und verkehrsbedeutenden Straßen**, die in nächster Zeit anstehen:

- A 562 / A 59 / B42 – Umbau des AK Bonn-Ost (Bypass) befindet sich im Bau und wird voraussichtlich noch bis Ende 2016 andauern
- A 565 AS Bonn-Beuel bis AD Bonn-Nordost Entwässerungssanierung (Beckenanlage) befindet sich im Bau voraussichtlich bis Mitte 2017
- A 565 / A 555 – AK Bonn-Nord Austausch von Fahrbahnübergängen und Sanierung Baubeginn geplant ab 1.2.2016, voraussichtliche Bauzeit 4 Monate
- A 555 Standspurentüchtigung (beide FR) und Deckensanierung (FR Köln) zwischen AS Wesseling und AK Bonn-Nord (2 mal 2 Monate) im Frühjahr und Mitte 2016 (abhängig von Arbeiten im AK Bonn-Nord)
- Bau von telematischen Anlagen (Fundamente, Verkehrszeichenträger etc.), einzelne Standorte auf der A 59 / A 555 und A 565 in 2016
- B 42 – Bau eines Havariebeckens in 2016

Zur Sanierung der Nordbrücke und des Tausendfüßlers gebe es keine neuen Erkenntnisse von Straßen.NRW.

Im Zusammenhang mit der **L 183n** (Verbindung zwischen A 555 und A 565) müsse noch abgewartet werden, inwieweit eine Verlagerung des Verkehrs eintrete. Die Bezirksregierung habe aber bereits jetzt mitgeteilt, dass sie die Straße als Umleitungsstrecke ausweisen werde. Bei der Gelegenheit habe das Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises darauf hingewiesen, dass je nach Verkehrsentwicklung - unabhängig von der Streckenausweisung - ggf. auch über eine gesonderte Ampelschaltung am Konrad-Adenauer-Damm und der Alma-Brücke nachgedacht werden müsse. Sowohl planerisch als auch finanziell sei dabei dann auch der Landesbetrieb in der Pflicht.

Abg. Windhuis wies bezüglich der L 183n darauf hin, dass der Verkehr bereits jetzt erheblich zugenommen habe und es zu längeren Rückstaus komme. Er wollte wissen, wie lange die Straßenverkehrsbehörde noch abwarten wolle, bevor sie den Straßenbaulastträger bitte, hier regulierend tätig zu werden.

Abg. Krauß schloss sich seinem Vorredner an. Die angesprochenen Ampelschaltungen seien zum heutigen Zeitpunkt schon verbesserungswürdig. Vor dem Hintergrund der Ausweisung als generelle Umleitungsstrecke bei Staus und der zukünftigen Funktion als Umleitungsstrecke beim Neubau des Tausendfüßlers frage er sich, wieviel Belastung die Straße überhaupt noch vertrage?

KVOR Pütz bestätigte die Beobachtungen. Der Landesbetrieb sei darauf hingewiesen worden, dass bei Verkehrszunahme die Ampelschaltung verändert werden müsse. Straßen.NRW müsse

jetzt belegbare Zahlen (Verkehr vor und nach der Inbetriebnahme der L 183n) liefern. Er gehe davon aus und werde dies auch weiter im Auge behalten, dass sich der Landesbetrieb bis spätestens Mitte nächsten Jahres hierzu äußern werde.

SkB Schroerlücke äußerte, auch ohne weitere Verkehrszunahme sei es sinnvoll, die Ampelschaltung zu verändern. Es gebe in keiner Fahrtrichtung eine „grüne Welle“, im Gegenteil, man müsse fast immer vor jeder Ampel anhalten.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, bemerkte abschließend, die Problematik sei allen bewusst. Letztendlich gehe es darum, dass der Landesbetrieb auch die Kosten übernehme.